

## Antrag

**der Abgeordneten Nicole Höchst, Martin Reichardt, Mariana Harder-Kühnel, Frank Pasemann, Johannes Huber, Thomas Ehrhorn, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Joana Cotar, Dr. Gottfried Curio, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Dr. Alexander Gauland, Dr. Axel Gehrke, Dr. Heiko Heßenkemper, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Jörn König, Steffen Kotré, Rüdiger Lucassen, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Gerold Otten, Tobias Matthias Peterka, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD**

### **Einrichtung einer bundesweiten Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Beschneidungen von Frauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beschneidungen von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland werden weder statistisch erfasst (Drucksachen 19/14497 und 19/1641) noch rechtlich verfolgt, obwohl es sich um eine Straftat gemäß § 226a StGB handelt.

Dennoch gelangen immer wieder dramatische Berichte darüber an die Öffentlichkeit. So berichtet das Magazin „Berlin.jetzt“ in seiner Online-Ausgabe, dass die Zahlen in Berlin dramatisch angestiegen seien. Im Jahr 2016 gab es zwölf Fälle, 2017 sechs Fälle und von 2018 bis 2019 jedoch 176 Fälle.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

im Zusammenwirken mit den zuständigen Ländern, Behörden, Jugendämtern und Krankenkassen ab dem 01.09.2020 in Anlehnung an das Berliner Modell eine bundesweite Koordinierungsstelle einzurichten, mit der Aufgabe des verstärkten Ausbaus der Aufklärungs- und Beratungsangebote sowie des Ausbaus der medizinischen Versorgung dieser Frauen und einer öffentlich zugänglichen jährlichen Evaluation der getroffenen Maßnahmen.

Berlin, den 24. Juni 2020

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

## Begründung

Zitat aus dem Magazin „Berlin.jetzt“:

„Diese beunruhigende Entwicklung wurde vom Senat auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bestätigt.

Der Senat sieht den Anstieg im Zusammenhang mit der Einwanderung vor allem aus afrikanischen und arabischen Ländern: „Aufgrund der Zuwanderung aus Gebieten, in denen die Praxis der Genitalverstümmelung stark verbreitet ist, wird davon ausgegangen, dass ein zunehmender Bedarf an Beratung, Aufklärung und medizinischer Versorgung besteht.“

Bisher wurden seitens der Bundesregierung und der Länder viele Maßnahmen ins Leben gerufen (siehe Übersichtsliste).

Die Gesellschaft muss im Ganzen sensibilisiert werden, um durch Vermeidung die jungen Mädchen und Frauen zu schützen bzw. ihnen medizinisch zu helfen, soweit dies nach erfolgter Genitalverstümmelung noch möglich ist. Durch die zunehmende Entstehung von Parallelgesellschaften sind die Betroffenen oder von Beschneidung Bedrohten, oft von der deutschen Gesellschaft abgeschnitten und nehmen nur bedingt an ihr teil. Daher müssen die Bevölkerungsgruppen, welche zwangsläufig Kontakt mit ihnen und ihren Eltern haben, besonders geschult und sensibilisiert werden. Dazu gehören in vorderster Reihe Schulen, Kindergärten, Jugendämter, Ärzte und Krankenhäuser aber es müssen auch religiöse Einrichtungen stärker in die Pflicht genommen und eingebunden werden.

In der Hintergrundmeldung des BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) vom 10.12.2014 heißt es unter der Überschrift „Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen“

Zitat: „Entscheidend für die Überwindung von weiblicher Genitalverstümmelung in Deutschland ist die Einbeziehung lokaler Schlüsselakteure und eine Zusammenarbeit mit den betroffenen Kulturkreisen. Die Bundesregierung hat daher eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der Vertreterinnen und Vertreter von Bundesressorts, den Ländern, der Bundesärztekammer und von Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten.

Die Arbeitsgruppe hat Anfang 2014 die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung zu ihrer Arbeitsgrundlage erklärt. Die Mitteilung beinhaltet verschiedene Maßnahmen, mit denen die weibliche Genitalverstümmelung bekämpft werden soll, unter anderem:

- die Erlangung eines besseren Verständnisses der Problematik der weiblichen Genitalverstümmelung in der EU,
- die Förderung eines nachhaltigen sozialen Wandels, um weibliche Genitalverstümmelung zu verhindern,
- die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei einer wirksamen Strafverfolgung von weiblicher Genitalverstümmelung und
- der Schutz für gefährdete Frauen im Hoheitsgebiet der EU.

Die Bedrohung mit Genitalverstümmelung ist als geschlechtsspezifische Verfolgung, die der Betroffenen auch durch nichtstaatliche Akteure drohen kann, im Asylverfahrensgesetz als Fluchtgrund anerkannt.

Wegen der Schwere der Rechtsverletzung wurde im September 2013 mit § 226a StGB ein Spezialstraftatbestand geschaffen, der die Straftat der Verstümmelung weiblicher Genitalien zum Verbrechen heraufstuft. Eine Ausdehnung der Anwendbarkeit dieses Tatbestands auf weitere ausschließlich im Ausland begangene Taten wird derzeit erwogen.“

Dieses Ziel ist nach Ansicht des Antragstellers jedoch nicht erreicht worden, wie es aus den Drucksachen 19/14497 und 19/1641 ersichtlich wird. Es gab seitdem weder Anzeigen noch strafrechtliche Maßnahmen. Es wurden die Fallzahlen nicht gesenkt und die betroffenen Bevölkerungsgruppen nicht erreicht. Es konnte auch kein wirksamer Schutz geschaffen, schon gar nicht ein nachhaltiger sozialer Wandel erreicht werden. Auch die anderen Ziele wurden nicht in Ansätzen erreicht. Stattdessen gehen die Fallzahlen weiter nach oben.

Daher soll neben der Arbeitsgruppe, eine spezielle Koordinierungs- und Präventionsstelle geschaffen werden, welche in der Lage ist, auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland selbständig präventiv tätig zu werden, effektive Gegenmaßnahmen zu treffen und durchzuführen. Zusätzlich sollen, zur Steigerung der Wirksamkeit, die Maßnahmen innerhalb der EU sowie Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen integriert werden.

**Bund:****BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend):**

[www.bmfsfj.de/blob/90088/26b964124fb4d5e724da08436d4a0c50/genitale-verstuemmelung-bei-maedchen-und-frauen-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/90088/26b964124fb4d5e724da08436d4a0c50/genitale-verstuemmelung-bei-maedchen-und-frauen-data.pdf)

[www.bmfsfj.de/blob/93228/77ac63e8f600d39c8fb5ae9ed2080653/aktionsplan-ii-zur-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-data.pdf](http://www.bmfsfj.de/blob/93228/77ac63e8f600d39c8fb5ae9ed2080653/aktionsplan-ii-zur-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-data.pdf)

[www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/genitale-verstuemmelung-bei-frauen-und-maedchen/80720](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/genitale-verstuemmelung-bei-frauen-und-maedchen/80720)

**BMG (Bundesministerium für Gesundheit):**

[www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/g/genitalverstuemmelung/?L=0](http://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/g/genitalverstuemmelung/?L=0)

**BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung):**

[www.bmz.de/de/themen/frauenrechte/arbeitsfelder\\_und\\_instrumente/gewalt\\_gegen\\_frauen/genitalverstuemmelung/index.html](http://www.bmz.de/de/themen/frauenrechte/arbeitsfelder_und_instrumente/gewalt_gegen_frauen/genitalverstuemmelung/index.html)

**BZgA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung):**

[www.frauengesundheitsportal.de/suche/?tx\\_indexedsearch\\_pi2%5Baction%5D=search&tx\\_indexedsearch\\_pi2%5Bcontroller%5D=Search](http://www.frauengesundheitsportal.de/suche/?tx_indexedsearch_pi2%5Baction%5D=search&tx_indexedsearch_pi2%5Bcontroller%5D=Search)

**BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben):**

[www.hilfetelefon.de/gewalt-gegen-frauen/genitalverstuemmelung.html](http://www.hilfetelefon.de/gewalt-gegen-frauen/genitalverstuemmelung.html)

**BPB (Bundeszentrale für politische Bildung Medien- und Kommunikationszentrum Berlin):**

[www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/263832/tag-gegen-weibliche-genitalverstuemmelung](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/263832/tag-gegen-weibliche-genitalverstuemmelung)

**Länder:****Thüringen:**

[www.landesfrauenrat-thueringen.de/medien/material/2016/Material\\_FT\\_FG/zerm.pdf](http://www.landesfrauenrat-thueringen.de/medien/material/2016/Material_FT_FG/zerm.pdf)

**RLP:**

<https://gesundheitsfoerderung.bildung-rp.de/sexualerziehung/genitalverstuemmelung.html>

**BW:**

[www.service-bw.de/lebenslage/-/sbw/Weibliche+Genitalverstuemmelung-5000867-lebenslage-0](http://www.service-bw.de/lebenslage/-/sbw/Weibliche+Genitalverstuemmelung-5000867-lebenslage-0)

**HH:**

[www.hamburg.de/opferschutz/12138124/schutzbrief-gegen-genitalverstuemmelung/](http://www.hamburg.de/opferschutz/12138124/schutzbrief-gegen-genitalverstuemmelung/)

**Berlin:**

[www.berlin.de/sen/frauen/keine-gewalt/genitalverstuemmelung/](http://www.berlin.de/sen/frauen/keine-gewalt/genitalverstuemmelung/)

**NS:**

[www.vernetzungsstelle.de/?B703EF75B56FF53787519776CAEB7CF2](http://www.vernetzungsstelle.de/?B703EF75B56FF53787519776CAEB7CF2)

